

Der Journalist in der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt als Treuhänder

DIETER STOLTE

Vor etwa 60 Jahren sollte unter dem Titel „Öffentlicher Geist“ eine Zeitung gegründet werden; Rudolf Borchardt¹ war damit beauftragt, die Einleitung zu schreiben. Die Zeitung erschien nie, wohl aber die Einleitung. Sie ist in vielem auch heute noch aktuell: Wenn sie die Ratlosigkeit des Durchschnittsdeutschen schildert, der sich plötzlich für „öffentliche Angelegenheiten“ interessieren soll und sich mit seiner Scheu vor dem Offiziellen entschuldigt. „Wieder nach Hause gegangen und geworden, was er immer gewesen war, Privatmann in leidlichen Wohlfahrtsverhältnissen unter Obrigkeit, Pastor, Patronatsherren, Sachwaltern, mehr oder weniger erleuchteten Beamten, Regimentsständen, Kabinetten, Landesvätern, die die Staatsgeschäfte besorgen“, fühlt er sich höchstens in den „Attrappen des Öffentlichen“ wohl, bei seinen Journalen, die sich als Verkünder der „öffentlichen Meinung“ ausgeben.

Aber Borchardt entdeckt hinter der bloßen Aufgeregtheit über das, was außer Haus geschieht, ebensowenig „öffentlichen“ Geist wie überhaupt „Geist“ bei denen, die das Wort „Öffentlichkeit“ gewöhnlich mit dem Zusatz „laut“ versehen, um ihr „Nasentrümpfen darüber an den Mann zu bringen und zu markieren, zu welchen ‚Kreisen‘ sie zu ‚gehören‘ wünschen“. „Wir hatten und wir haben keinen öffentlichen, sondern einen geheimen Geist, keine öffentliche Meinung, sondern geheime und getuschelte Meinungen und daher keine öffentlichen Angelegenheiten und keine öffentliche Gesellschaft . . . Öffentlicher Geist ist der Geist des Mitlebens mit jedem öffentlichen Vorgang und der Verantwortung für ihn, die eine tätige Verantwortung ist und zum Handeln drängt . . . Wir haben keine gute Politik, weil wir keinen öffentlichen Geist haben.“ Immerhin: Borchardt kann feststellen, daß Professoren sich plötzlich darauf besinnen, daß sie „öffentliche Professoren“ sind und „Privatdozenten nicht mehr ganz privat“ vorgehen.

Wie schwer es ist, in der Öffentlichkeit Geist zu zeigen, und wie leicht es ist, die sogenannte öffentliche Meinung, die oft nur die veröffentlichte Meinung von wenigen ist, gegen solchen „öffentlichen Geist“ einzunehmen, haben in unserer Zeit zum Beispiel Philosophen wie Karl Jaspers und Martin Heidegger oder Schriftsteller wie Heinrich Böll und Max Frisch erfahren müssen. Bei diesen Auseinandersetzungen schält sich ein Grundproblem unserer Zeit und unseres öffentlichen Bewußtseins heraus, daß nämlich mangelnde Kenntnisse, ungenügende oder auch falsche Informationen eine Kluft zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen Glauben und Wissen aufgerissen haben, die in ihrem Ausmaß sowie in ihren sozialen und ethischen Konsequenzen noch nicht zu übersehen sind. Die geforderte geistige Auseinanderset-

¹ R. Borchardt, Prosa I, Stuttgart 1957, 374 ff.

zung wird ersetzt durch Vorurteile, Polemik verdeckt nur dürftig die Unkenntnis, der Dialog findet nicht statt.

Damit stellt sich die Frage: „Erfahren wir, obgleich wir unübersehbar vielfältig informiert werden, wirklich das, was wir wissen sollten und müßten, nämlich die zur Orientierung über unsere Situation und für unsere Willensbildung entscheidenden Tatsachen, Vorstellungen und Absichten?“² An dieser Stelle – der Nahtstelle zwischen den Informationsträgern und den Informationsempfängern – setzt die entscheidende Aufgabe der publizistischen Medien ein, indem sie – eingebunden in einen Prozeß sich wechselseitig beeinflussender Informationsströme – über Meinungen, Vorhaben und Entscheidungen von Handelnden informieren und zugleich über die Einstellungen und Bedürfnisse der Gesellschaft und ihrer sozialen Gruppierungen Informationen erhalten, die auf das Verhalten der Handlungsträger zurückwirken.

Obwohl die Aufgabe des Journalisten in den publizistischen Medien – also in Presse, Hörfunk und Fernsehen – im Prinzip nicht voneinander verschieden ist, gibt es Unterschiede, je nachdem, ob er in einem Unternehmen mit privatem oder öffentlich-rechtlichem Status tätig ist. Mag für den einen Artikel 5 des Grundgesetzes, der das Recht auf die Verbreitung der eigenen Meinung in „Wort, Schrift und Bild“³ garantiert, ausreichend sein, so gilt für den anderen, daß die eingeschränkte Verfügbarkeit von Sendefrequenzen ihm zusätzliche Verpflichtungen auferlegt, die in den Rundfunkgesetzen und Programmrichtlinien, aber auch in den Urteilen der höchsten deutschen Gerichte festgelegt sind.

Ehe ich den Versuch unternehme, die Treuhänderfunktion zu beschreiben, die der Journalist in einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt bei seiner praktischen Arbeit hat, möchte ich zunächst auf die Wechselbeziehung zwischen Fernsehen und Gesellschaft eingehen, denn nur in diesem Kontext läßt sich das mir gestellte Thema richtig ausloten. Fernsehen und Gesellschaft bedingen einander. Die Gesellschaft braucht das Fernsehen als Informations-, Unterhaltungs- und Bildungsmittel. Das Fernsehen andererseits ist aus dem Mittelcharakter heraus definiert, den ihm die Gesellschaft zuweist. Fernsehen muß sich also an der Gesellschaft orientieren, soll es tatsächlich ein wirksames Mittel für die Gesellschaft bleiben. Gerade in unserer Zeit ist die Gesellschaft einem starken Wandel unterworfen, der entsprechende Überlegungen für eine Neuorientierung des Fernsehens auf eine gewandelte Gesellschaft hin notwendig macht.

Gesellschaftliche Situation und Standortbestimmung der Medien⁴

Die Gegenwart ist eine Zeit permanenten sozialen Wandels. Es sieht so aus, „als ob Veränderungen verschiedenster Art in Zukunft ein charakteristisches Strukturmerkmal unserer Gesellschaft sein werden“⁵, etwa die Mobilität im Berufs- und Arbeits-

² A. Oeckl, Das Bedürfnis der modernen Gesellschaft nach Unterrichtung, in: Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde der Wirtschaftshochschule Mannheim, 8. 7. 1964.

³ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949, Art. 5. In BGBl. I S. 1.

⁴ Der Verfasser hat im Jahre 1971 zusammen mit seinen Mitarbeitern eine Teamprognose über die Entwicklung des Fernsehens in den 70er Jahren ausgearbeitet. Die hier wiedergegebene Analyse der gesellschaftlichen Situation ist eine Zusammenfassung der dort skizzierten Gedanken. Siehe hierzu: Fernsehen in den 70er Jahren, ZDF-Schriftenreihe, Heft IX, Mainz 1971.

⁵ K. M. Bolte/K. Aschenbrenner, Die gesellschaftliche Situation der Gegenwart. Struktur und Wandel der Gesellschaft, Reihe B, Bd. 1, 5.

sektor, der ständige Wechsel der Produktionsverfahren sowie die permanenten Veränderungen im Konsum- und Freizeitbereich.

Dieser gesamtgesellschaftlichen Dynamik korrespondieren rapide Veränderungen im Bereich des menschlichen Zusammenlebens und der zwischenmenschlichen Kommunikation. Grundlegende Wandlungsprozesse sind die Ausdehnung der sozialen Umwelt des einzelnen, die an die Stelle der überschaubaren Sozietät früherer Jahrhunderte getreten ist, und die Erweiterung der Wissens- und Informationsbereiche, die die eigene Erfahrung des Individuums gesellschaftlich irrelevant werden läßt. Der Mensch ist zwingend auf indirekt vermitteltes Wissen und auf Erfahrungen aus zweiter Hand angewiesen. Der Spezialist, so schmal sein Erfahrungs- und Erkenntnis-horizont auch sein mag, ist daher der einzige, der noch über Primärerfahrungen verfügt. Allein in seinem Bewußtsein vermag sich noch – wenn auch nur partiell – jener dialektische Prozeß der Bewußtwerdung und der geistigen Freiheit des Menschen zu ereignen, den Hegel in der „Phänomenologie des Geistes“ am Beispiel von Herrn und Knecht so eindrucksvoll beschrieben hat.

Ein neuer Typ Mensch ist fraglos am Entstehen, wenn – wie Helmut Schelsky sagt – „für eine Generation die Welt sich von vornherein als eine Welt der Information durch Massenkommunikationsmittel aufbaut und diese Generation es für das Natürlichste in der Welt hält, nach diesen übermittelten Signalen und Informationen ihr Leben einzurichten“⁶. Dieses „Fremd“-Wissen steuert sein Verhalten, danach richtet er sich in seiner Umwelt, in seinem Umgang mit den anderen. Zugleich ist uns aber bewußt, daß nur der über die bloße Kenntnisaufnahme hinaus Erkennende, der darüber hinaus – man denke an den nicht nur ethymologisch begründeten Zusammenhang von „Wissen“ und „Gewissen“ – sich Bekennende, auch in Zukunft in die Lage versetzt sein wird, wichtige Entscheidungen zu fällen, Tendenzen zu erfahren und vorausschauend Neues zu entwerfen.

Die heutige Gesellschaft ist ferner gekennzeichnet durch die Differenziertheit und Vielfalt sozialer Gebilde, denen der einzelne stets nur partiell zugehört und deren Verhaltenserwartungen zum Teil wesentlich voneinander abweichen. In früheren Zeiten galt das, was man in der Familie lernte, weitgehend auch im außerfamiliären Raum. Heute spricht man von einer „Konkurrenz der sozialen Gebilde“⁷. Der Mensch ist in jedem von ihnen nur mit einer begrenzten „Rolle“ integriert, nur mit einem Teil seiner Gesamtpersönlichkeit. Selbst Ehe und Familie berücksichtigen heute bestenfalls noch eine Vielfalt, nicht aber die Gesamtheit der sozialen Bindungen. Entsprechend den verschiedenartigen Verhaltenserwartungen muß der Mensch lernen, sich in unterschiedlichen Gruppierungen und Institutionen flexibel zu verhalten. Er wird zu einem ständigen „Rollenwechsel“ gezwungen.

Die Differenziertheit und Pluralität der Gesellschaft findet ihren vielleicht deutlichsten Ausdruck in der Vielzahl von Werten und Normen, die neben-, mit- und gegeneinander in Konkurrenz stehen. Besonders wesentlich erscheint mir hierbei der Hinweis auf generationstypische Werthaltungen. Das Eindringen von „Moden“ im Bereich der Wertungen führt zu sehr raschen Wechseln, so daß sich der „Überbau“ der Gesellschaft darstellt als ein Konglomerat verschiedenartiger, alter und neuer, verwendbarer und überholter Leitbilder und Verhaltensweisen⁸.

⁶ H. Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln-Opladen 1961, 8.

⁷ K. M. Bolte/K. Aschenbrenner, a. a. O. 17.

⁸ Siehe D. Riesmann, Die einsame Masse, Hamburg 1958, K. M. Bolte/K. Aschenbrenner, a. a. O. 20 ff.

Die Verhaltensorientierung wird angesichts der geschilderten Ausdehnung, Vielfalt, Differenziertheit und Pluralität der gesellschaftlichen Institutionen, Verhaltensweisen und Normen zum Problem des Menschen. Die Orientierung an „den anderen“, der sogenannte „außengeleitete Mensch“, ist die Konsequenz in einer Umwelt, die keine gesicherten, „ewigen“ Markierungs- und Orientierungspunkte anbietet. Die Massenmedien Presse, Hörfunk und Fernsehen und die in ihnen arbeitenden Journalisten werden zu wesentlichen Steuerungsträgern des sozialen Verhaltens, denen die Leser, Hörer und Zuschauer Modelle des „richtigen“ Verhaltens entnehmen.

Die Medien haben jedoch nicht nur eine Orientierungsfunktion, sondern auch eine Integrationsaufgabe. Die jüngsten wirtschaftlich-politischen Ereignisse – ich nenne hier nur die Stichworte Energiekrise und Arbeitslosigkeit – haben vielen Bürgern erst jetzt den labilen Zustand der Gesellschaft sichtbar gemacht. Unsicherheit ist ein konstitutives Merkmal unseres gesellschaftlichen und privaten Bewußtseins geworden, der Fortschritt, jener Götze der 50er und 60er Jahre, wird zunehmend fragwürdig, die Fragen, wofür, für was wir arbeiten und leben, werden immer dringender. Die Medien und speziell das Fernsehen sind neu gefordert – was ist ihre konkrete Antwort im Programm hierauf?

Die Verpflichtung zur Integration dürfen die Medien gerade in Zeiten sozialpolitischer Spannungen und parteipolitischer Polarisierung nicht aus den Augen verlieren. Für eine künftige Theorie der Medien scheint mir dies ein wichtiger Ansatzpunkt zu sein, der sich nicht nur in verfassungsrechtlicher Hinsicht aus Artikel 5 des Grundgesetzes ergibt, sondern auch im Forum-Charakter begründet ist, den die Medien für die Gesamtgesellschaft haben. Die Ansprüche, die damit quantitativ wie qualitativ an die Medien gestellt werden, sind beträchtlich. Je differenzierter die sozialen Bedürfnisse des Individuums und die Forderungen der Gruppen in einer Gesellschaft sind, desto notwendiger wird es sein, Informationen gezielt an sie heranzubringen. Unser publizistisches Angebot entspricht dieser Situation jedoch nur in einem noch unzureichenden Maße. Während das Fernsehen noch allzusehr von einer „Alles für alle“-Ideologie der Gründerjahre bestimmt wird, die das Wohnzimmer (mit Fernsehgerät) als integrierenden Ort und Hort des Familienlebens ansieht, sind die Tageszeitungen dabei, sich unter dem Druck wirtschaftlicher Verhältnisse und mangelnder öffentlicher – das heißt auch staatlicher – Unterstützung allmählich zu Generalanzeigern zu entwickeln, in denen der „Hausfreund“ und die „Bunte Welt“ an die Stelle von journalistischen Analysen und intellektuell nachvollziehbaren Meinungsbeiträgen treten.

Das wird sich ändern müssen! Es muß die Erkenntnis praktisch werden, daß unsere publizistischen Angebote konkret und differenziert sein müssen und daß sie den Leser, Hörer und Zuschauer dort abholen, wo er lebt und wo sich sein „Schicksal“ ereignet. Das ist sicherlich nicht nur der Arbeitsplatz und der gesamte Bereich der sozialen Welt, denn der Mensch ist, um ein Wort von Pestalozzi aufzugreifen, nicht nur „Werk der Gesellschaft“, sondern auch „Werk der Natur“ und vor allem auch „Werk seiner selbst“⁹.

Zusammengefaßt läßt sich die Gegenwart in Abhebung von früheren gesellschaftlichen Verhältnissen mit dem Begriff „plural“ beschreiben. Pluralität aber heißt Auseinandersetzung, Diskussion, Infragestellung, heißt letztlich Konflikte austragen,

⁹ Zitiert nach R. Merkert, Der Pädagoge als Kritiker, in: Kinder vor dem Bildschirm, hrsg. von A. Heygster und D. Stolte, Mainz 1974, 136.

sei es zwischen Institutionen, zwischen Generationen, zwischen – ein neueres Phänomen – den Geschlechtern, sei es zwischen Meinungen, Verhaltenserwartungen, Einstellungen.

Diese Konflikte treten jedoch in einer Gesellschaft auf, die in einem besonderen Maße konfliktstreu ist. Diese Konfliktfeindlichkeit resultiert aus einem Grundbedürfnis nach gesicherten Werten und Normen, aus dem Wunsch nach stabilen gesellschaftlichen Ordnungen, den die Menschen heute nicht weniger als früher haben. Unruhen und Proteste werden so a priori negativ empfunden und bewertet. Gerade während der Zeit der Studentenunruhen Ende der 60er Jahre und derzeit bei den Auseinandersetzungen um den Bau von Atomkraftwerken in Wyhl und Brokdorf bekam und bekommt das Fernsehen diese Grundhaltung der Bürger zu spüren, sei es, daß man ihm den Vorwurf macht, die Bild-Berichte erhöhen alles erst zum „Spectaculum“, sei es, daß man ihm vorhält, es räume dem Ereignis unnötig viel Zeit im Programm ein und führe damit zu perspektivischen Verzerrungen über den Zustand unserer Gesellschaft.

Nach dieser Analyse des Stellenwertes der Medien und speziell des Fernsehens in einer Gesellschaft im Wandel, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, kann es nicht überraschen, daß das Fernsehen und seine Mitarbeiter immer wieder in den Mittelpunkt öffentlicher Kritik geraten. Diese Diskussion, soweit sie grundsätzlich ist und nicht an Oberflächenphänomenen sensationslüstern hängenbleibt, wird von der Sorge bestimmt, daß sich mit den Massenmedien eine vierte Gewalt etabliert, die außerhalb jeder kontinuierlichen Kontrolle eine große Macht auf die Meinungen und Haltungen der Zuschauer ausübt. Obwohl es bis zum heutigen Tage keine auf empirischen Daten und psychologischen Erkenntnissen aufbauende Rezeptionstheorie gibt, die über die Wirkung von Fernsehsendungen auf die Empfänger Auskunft geben könnte, hat sich diese Auffassung nicht nur gehalten, sondern proportional zu der wachsenden Fernsehdichte und der steigenden Polarisierung der Parteien und Gruppen im politischen Raum eher noch verstärkt. Woher kommt das?

Der Moderator und die Macht

Auslösendes Moment für diese Diskussionen sind seit vielen Jahren die Moderatoren der politischen Informationssendungen. Sie sind von allen politischen Journalisten der Fernsehanstalten am meisten bekannt, ihre Sendungen tragen so deutlich das Signum ihres Namens, wie sonst nur große Unterhaltungsprogramme mit dem Namen des Präsentators verknüpft sind. Das macht sie zu „Stars“, denen man als Person eine Aufmerksamkeit schenkt wie sonst nur Interpreten und Darstellern der Unterhaltungsbranche.

Es ist bekannt, daß Moderatoren politischer Sendereihen privat immer wieder von Leuten angesprochen werden, die ihnen ihre Sympathie und ihr Vertrauen bekunden; etwa nach dem Motto: Gut, daß es *Sie* gibt! Es drängt sich die Frage auf, ob die Moderatoren selbst glauben, daß sie die ihnen zugesprochene „Macht“ besitzen, die

- politische Meinungen der Zuschauer zu verändern,
- Entscheidungen der Politiker zu beeinflussen.

Wie sieht dieser Fernsehjournalist seine Rolle, wie übt er seine Funktion aus? Welche Regulativen gibt es, um die geforderte Pluralität des Programms zu gewährleisten? Ist z. B. der häufigere Wechsel eine Möglichkeit, seine Wirkung, seine „Macht“ zu

begrenzen? Oder aber müssen institutionelle Kontrollen geschaffen (nicht zu verwechseln mit Zensur!), das interne kritische Regulativ perfekter geregelt werden? Obwohl man diese und andere Überlegungen nicht ungeprüft und leichtfertig beiseite schieben sollte, so wird dies m. E. letztlich doch zu keiner allseits befriedigenden Lösung führen, ebensowenig wie ich alle Versuche, die „innere öffentliche Meinung“ einer Redaktion in Statuten zu fassen, als Patentlösung anzusehen vermag. Es wird immer wieder auf den einzelnen Menschen ankommen, auf seine moralische Unbestechlichkeit, seine intellektuelle Redlichkeit, seine persönliche Bescheidenheit und last not least auf sein berufliches Selbstverständnis und sein fachliches Können als Journalist. Zwar ist das Fernsehen keine moralische Anstalt und der Fernsehjournalist kein „Hohepriester“; die Anforderungen, die man an ihn aber stellen muß, können nicht hoch genug veranschlagt werden. Fehler sind nicht nur schwer korrigierbar, sondern sie wirken darüber hinaus auch noch ansteckend.

Der generelle Maßstab der Bewertung sollte sein, daß der Fernsehjournalist eine treuhänderische Funktion für die Zuschauer ausübt. Das Fernsehprogramm wird weder gemacht, damit elitäre Kulturkritiker ihren Intellekt an den Angeboten des Massenmediums wetzen sollen, noch daß selbsternannte Volkstribüne im Fernsehen ihre Vorstellung von Demokratie und Gesellschaft einem disparaten Publikum aufkotroyieren. Schon gar nicht dient es der Selbstbestätigung von Programmleuten. Das Fernsehen hat für die Zuschauer – wie gezeigt – vor allem eine Orientierungsfunktion. Das heißt für die Programmacher, daß sie den Zuschauern Orientierungshilfen geben sollen, ohne sie zu bevormunden.

Objektivität und Zuschauererwartungen

Mit dieser Aufgabenstellung verbindet sich die Verpflichtung zur Objektivität. Dabei muß vorweg klargestellt sein, daß politische Magazine keine Informationsprogramme im Sinne von Nachrichtensendungen sind, die Moderation nicht die wertneutrale Überleitung von einem zum nächsten Beitrag sein kann. Magazinsendungen sind ohne Frage auch Meinungssendungen.

Hinsichtlich der Zuschauererwartungen kann generell gesagt werden, daß kein Fernsehjournalist so sehr in der Gefahr ist, von vornherein auf bestimmte Erwartungshaltungen festgelegt zu sein, wie der Moderator zeitkritischer Magazinsendungen. Er ist latent der Situation ausgesetzt, „Gemeinden“ zu bilden (dabei ist es für die Bewertung des Vorgangs gleichgültig, ob sie sich aus Anhängern oder aus Gegnern zusammensetzen). Die Meinungsäußerungen des Moderators treffen so auf ein bereits weitgehend verfestigtes Meinungsklima im Publikum.

Im Fernsehen eine Meinung zur Geltung zu bringen heißt im Regelfall Kritik äußern. Eine Meinung wird gegen eine andere Meinung gestellt. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn die Meinung als solche ausgewiesen und begründet wird. Es muß deutlich werden, daß der Moderator *eine* von mehreren möglichen Meinungen zu einem Sachverhalt äußert. Gute journalistische Beiträge zeichnen sich noch immer dadurch aus, daß sie Fakten darstellen und so erläutern, daß die Zuschauer befähigt werden, sich selbst eine Meinung zu bilden. Einer Vielfalt, einer Pluralität von Meinungen Gehör zu verschaffen, gehört nicht nur zu den demokratischen Prinzipien, sondern entspricht auch der dialogischen Verfassung des Menschen. Erst die Herstellung eines Forums, auf dem durch einen Wettbewerb von Ideen und Meinungen sich die

„bessere“ und das ist immer die „sachlichere“, die „begründetere“ Meinung Geltung verschafft, weist das Medium als soziales Kommunikationsmittel aus.

Wer als Fernsehjournalist das Recht auf freie Meinungsäußerung – so wie es der Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert – dahingehend interpretiert, daß er die eigene Meinung anderen als einzig richtige Meinung zu oktroyieren versucht und damit den Dialog, die Kontroverse ausschaltet, monopolisiert sie nicht nur, sondern er bringt sie zugleich auch um ihr eigentümliches Wesen, das darin besteht, Teil eines lebensnotwendigen, dialektisch-dialogischen Prozesses unserer Gesellschaft zu sein.

So gesehen bedarf auch die Forderung nach Objektivität, die vor allem nach umstrittenen Meinungssendungen immer wieder erhoben wird, einer Klarstellung. Damit soll nicht einer modischen Attitüde das Wort geredet werden, die Objektivität überhaupt für unmöglich hält und daher die gesamte journalistische Arbeit in subjektive Darstellungen aufzulösen versucht.

Zweifellos ist der Begriff der „Objektivität“ nicht nur in der wissenschaftstheoretischen Diskussion überstrapaziert worden, er wurde zudem auch noch in der Rundfunkpolitik häufig mißbraucht. Über den Satz $2 \times 2 = 4$ hat es bekanntlich keinen Sinn, Meinungen anzustellen. Meinungen können also nur dort vertreten werden, wo es nicht um unumstößliche Gewißheiten geht wie bei naturwissenschaftlich-mathematischen Gesetzen. Hinsichtlich der Vermittlung von Ereignissen im Fernsehen ist allseits bekannt und unumstritten, daß das Objektiv der Kamera nicht objektiv sein kann, da der von ihm wiedergegebene Ausschnitt der Wirklichkeit immer schon einen Standpunkt des Kameramanns und Reporters und damit ein mehr oder minder bewußtes und reflektiertes Bild vom Menschen und der Gesellschaft voraussetzt.

Aber auch aus erkenntnistheoretischen Gründen scheint die Gleichsetzung von Objektivität und Abwesenheit von subjektiven Urteilen, von Meinungen eine vorschnelle Gleichung zu sein. Könnte Objektivität nicht vielmehr bedeuten, den eigenen Standpunkt transparent zu machen, ihn stetig kritisch zu überprüfen und dadurch auch dem Publikum deutlich machen, einem Publikum, das mit bereits vorgefertigten Erwartungshaltungen solchen Sendungen begegnet?

Diese Frage führt dazu, Präsentation und Dramaturgie der politischen Magazine neu zu überdenken. Es ist m. E. erforderlich, den Zuschauern die Bedingungen der Fernseharbeit ständig bewußt zu machen, zu erklären, warum man ein bestimmtes Thema aufgegriffen hat und ein anderes Thema weggelassen wurde, deutlich zu machen, wo es sich um nachprüfbare Fakten und wo es sich um eine eigene Meinungsbekundung handelt, schließlich eine Sprache – auch eine Bild-Sprache – zu entwickeln, die auf der Empfängerseite kein Hochschulstudium voraussetzt.

Fernsehen als Forum und Mittler

Das Fernsehen ist ein Forum und keine Gerichtsinstanz. Der Journalist folglich auch kein Richter, sondern Mittler und Treuhänder des Informationsstroms in der Gesellschaft, auch wenn er in den Augen der Zuschauer gegenüber Gruppen und Parteien gern als Schiedsrichter in Anspruch genommen wird. Das Fernsehen ist zwar nach dem Urteil des BVG Medium und Faktor, aber eben in dieser Reihenfolge. Seine entscheidende Qualität liegt daher auch in der Vermittlung, im Umschlag, in der Lieferung frei Haus. Wolfgang Brobeil hat einmal gesagt: „An den Wänden aller

Redaktionen müßte eine Tafel hängen mit der Aufforderung: „Denkt an die 80 %!“¹⁰ Er meinte damit jene 80 % unseres Volkes, die nur über eine Grundschulausbildung verfügen, zum Teil nicht einmal über eine berufliche Ausbildung, und die – mehr als andere – darauf angewiesen sind, das zu verstehen – inhaltlich wie sprachlich –, was das Fernsehen ihnen anbietet.

Das ist nicht als Aufforderung an die Redakteure zu verstehen, die übrigen 20 Prozent zu übersehen, eher umgekehrt: die Orientierungsverpflichtung erfüllt der am besten, der auch neue Perspektiven und Dimensionen ins Spiel bringt und sich der Katalysatorfunktion, die die Minderheit für die Mehrheit haben kann, bewußt ist. Fernsehen als öffentliches Medium ist Ausdruck und Motor einer Gesellschaft im Prozeß, nicht „Scheuklappe“ einer geschlossenen Gesellschaft.

Redakteure, Autoren und Regisseure sollten daher dem Volk aufs Maul schauen. Die Menschen zum Sprechen zu bringen heißt nicht, ihnen das Sprechen beizubringen, sondern ihnen die Scheu zu nehmen, sich und ihre Probleme zu artikulieren. Zuhören ist mehr als bloßes Hinhören, und Zuspruch setzt voraus, daß die Betroffenen dadurch, daß sie gelernt haben, die Sprache des Volkes zu sprechen, auch begreifen, welche Themen die Menschen bewegen. Die Frage der inneren Sicherheit, die Sicherung des Arbeitsplatzes, das Problem der Mitbestimmung im Betrieb, die Identität des Menschen mit sich und seiner Umwelt, die Situation der im Berufsleben stehenden Hausfrau mit Kindern, Probleme der Erziehung – das sind z. B. Themen, die den „einfachen“ Menschen interessieren, denn sie betreffen ihn in einem besonderen Maße. Gerade sie bedürfen der Hilfe der Medien, denn ihr Zugang zu Information, Bildung und Unterhaltung führt häufig nur über das Fernsehen. Es wäre ein Testfall für die tatsächliche soziale Gesinnung eines Redakteurs, Autors oder Regisseurs, inwieweit er bereit und fähig ist, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Dabei gilt es, dreierlei nicht aus dem Auge zu verlieren:

- nicht irgendeine Welt zu präsentieren, sondern ihre Welt. Also: Abkehr von Stoffen, die keinen Identitätswert besitzen, und Hinwendung zu Welthaltigem, das nachvollziehbar zu gestalten ist. *Tua res agitur* – es sind deine Angelegenheiten, die hier verhandelt werden;
- nicht irgendeine Sprache zu sprechen, sondern ihre Sprache. Also Hinwendung zu Ausdrucks- und Gestaltungsformen, die Stellvertretung erlauben und ermöglichen, ohne Schnörkel, aber auch ohne die Anbiederung, wie sie Volksstücken oder sogenannten „realitäts“-bezogenen Familienserien gelegentlich anhaften;
- nicht irgendeine Hoffnung zu artikulieren, sondern ihre Hoffnung. Also Mut auch zur Utopie; denn was wäre die Menschheit heute, wenn den Handelnden nicht immer wieder Utopisten den Weg gewiesen hätten und vorausgegangen wären!

Im übrigen gilt für Fernsehjournalisten, daß sie gegenüber dem Normalbürger nicht nur in einem verfassungsrechtlichen, sondern ganz praktischen Sinne Privilegierte sind. Indem sie als Informationsträger faktisch Macht ausüben, stehen sie nicht außerhalb der Kritik, sondern haben sich ihr zu stellen, sei es dem Votum der Zuschauer, sei es dem Einspruch und Widerspruch der Repräsentanten der Parteien, Gruppen und Verbände. An diesem Verständnis mangelt es leider noch allzuoft, was sicherlich auch damit zusammenhängt, daß die Rolle des Fernsehjournalisten noch

¹⁰ W. Brobeil, Das Problem der Vermittlung bei kulturellen Sendungen, in *Organisation des Fernsehens und Rolle des Zuschauers*, hrsg. von H. Bausch, Düsseldorf 1972, S. 123.

immer nicht hinreichend definiert und selbstkritisch überprüft ist. Das in Rundfunkhäusern geläufige Wort von den „Programmachern“ signalisiert dieses theoretische Defizit, das zu beheben m. E. eine Voraussetzung ist für die sachgerechte Übernahme der geforderten Mittler- und Treuhänderaufgaben des Fernsehjournalisten in unserer Gesellschaft.